

# KOMMUNALWAHL PRÜFSTEINE DER NATURSCHUTZVERBÄNDE IM LNV ARBEITSKREIS REUTLINGEN

## ZUSAMMENFASSUNG DER FRAKTIONSANTWORTEN

### 1. THEMENFELD STADTVERWALTUNG:

#### 1.1. Haushaltsmittel für den Natur- und Umweltschutz

Alle Fraktionen sind sich einig, dass mehr Mittel für Natur- und Landschaftspflege nötig sind. Nur die WiR und Linke Liste sind bereit, eine eigene Haushaltsstelle dafür einzurichten. Die CDU möchte mehr Grünflächen und eine verstärkte Pflege. Die Finanzierung soll in jedem Doppelhaushalt neu festgelegt werden. Die SPD verweist auf den wachsenden Pflegebedarf und die Möglichkeit, Geld vom Land zu bekommen. Die Grünen wollen, um Pflegemaßnahmen koordinieren zu können, den Ist-Zustand erfassen. Anwendungsvorschläge sollen von den Naturschutzverbänden kommen. Die FWV möchte eine Prioritätenliste für Pflegemaßnahmen erstellen lassen, die dann je nach Haushaltslage durchgeführt werden sollen. Die WiR und FDP sind für den Schutz der Natur, verpflichten sich aber zu nichts.

#### 1.2. Eigenständiges Grünflächen- und Umweltamt

Die Grünen, FWV, WiR, FDP und Linke Liste sprechen sich für ein eigenständiges Grünflächen- und Umweltamt aus. In diesem Jahr hat die FWV einen Antrag dafür gestellt; die WiR-Fraktion hat eine entsprechende Änderung bereits 2005 beantragt.

Die CDU argumentiert, dass es bereits ein unabhängiges Amt für Grünflächen und Umwelt als Teil des Bürgerbüros Bauen gibt. Dies können wir nicht nachvollziehen. Alle Mitarbeiter\*innen, mit denen wir arbeiten, sind Herrn Arno Valin, Leiter des Bauamtes, unterstellt. Die SPD meint, dass die vielen Schnittstellen von Straßen- und Gebäudebau mit Grün- und Umweltpflege gerade für eine Verknüpfung dieser beiden Bereiche in einem Amt sprechen. Es gebe zur Wahrung der Umweltbelange genug zusätzliche Regulierungen seitens des Regierungspräsidiums und Landratsamts. Letztlich seien es die Ausstattung eines Amtes und die Fähigkeit der Mitarbeiter\*innen zur Kooperation, die seine Effektivität bestimmen. Die SPD habe viele Jahre lang versucht, das Grünflächen- und Umweltamt aufzustocken. Eine Änderung liegt im Ermessen des neuen Oberbürgermeisters.

### 2. THEMENFELD NATUR IN DER STADT

#### 2.1. Baumschutzsatzung

Von den derzeit sieben Fraktionen im Gemeinderat befürworten vier – SPD, Grüne, WIR und Linke – die sofortige Einführung einer Baumschutzsatzung für Reutlingen. Drei Fraktionen – CDU, FWV und FDP – lehnen sie ab wegen „zu viel Verwaltungsaufwand und hoher Bürokratie“ (FWV und FDP) oder weil die örtlichen Gegebenheiten separate Lösungen erfordern würden (CDU).

Die SPD sieht die Chance, eine Baumschutzsatzung im nächsten Doppelhaushalt durchzubringen, auf Grund der gestiegenen Sensibilität der Bevölkerung. Die mutwillige und leider bislang

naturschutzrechtlich gedeckte Fällung von zwei großen Linden durch einen Bauherrn in der Aaraustraße im April 2018 – also mitten in der Vogelbrutzeit – ist ein Vorgang, der die Öffentlichkeit schockiert hat.

Die Grünen verbinden ihre Zustimmung zu einer Baumschutzsatzung mit der Forderung nach gleichwertigen Ausgleichsmaßnahmen für Bäume, die entfernt werden. Weniger explizit verlangen auch die Freien Wähler Ausgleich für gefälltete Bäume. WiR plädiert in Zeiten des Klimawandels und der weiteren Verdichtung im städtischen Raum nachdrücklich für eine solche Satzung, um den Bestand der Bäume wirksam zu schützen.

## **2.2. Naturnahe Grünflächen**

Alle Fraktionen bekennen sich zur Wichtigkeit von naturnahen Grünflächen, zu ihrer Erweiterung und ihrer sachgerechten Pflege. Die Grünen schlagen regelmäßige Schulungen für die TBR-Mitarbeiter vor, die Pflegemaßnahmen durchführen. Alle Parteien wollen das Wissen der ehrenamtlichen Naturschutzverbände in Entscheidungen einbeziehen und regelmäßigen Kontakt halten. Die Überplanung des Geschwister-Wunschel-Parks im Storlach, bei der eine naturnahe geförderte Grünanlage bei dem Neubau des Pflegeheims zerstört werden soll, zitiert die SPD als Beispiel dafür, wie eng die Verbindung zwischen Ämtern sein sollte. Für uns ist der Vorgang eher ein Beispiel dafür, dass die Unterordnung des Grünflächenamtes unter das Bauamt keinen Schutz für mühsam angelegte Grünflächen bietet. In einem weiteren Argument spricht sich die SPD gegen Steingärten aus. Städtische Beratung und Aufklärung unter der Bevölkerung sowie konkrete Unterstützung könnten bei der Anlage von naturnahen Gärten helfen. Leider bleibt diese Idee im Augenblick nur ein Vorschlag.

## **3. STADTÖKOLOGIE**

### **3.1. Nachverdichtung bestehender Siedlungsgebiete**

Beim Thema Nachverdichtung lassen sich deutliche Unterschiede zwischen den Parteien erkennen. SPD, Grüne und Linke fordern verbindliche Leitlinien bzw. Bebauungspläne für die Nachverdichtung in Bestandsgebieten. Die übrigen Gemeinderatsfraktionen sehen das Problem zwar auch, befürworten jedoch keine verbindlichen Regelungen für die besonders betroffenen Quartiere.

Der Ist-Zustand: Auf bevorzugte Wohnlagen Reutlings – Bloos/Lerchenbuckel, Oststadt, Achalmgebiet u. A. – herrscht zurzeit ein immenser Druck mit großen Wohnungsneubau-Projekten. So konkurrieren im Gebiet Lerchenbuckel/Bloos derzeit sechs Investoren um Bauplatzoptionen für lukrative Bauherrnprojekte mit hochpreisigen Wohnungen.

Die Gebiete sind neben ihrer guten Wohnlage durch große Grundstücke gekennzeichnet, auf denen Ein- und Zweifamilienwohnhäuser meist aus den 30er bis 50er-Jahren stehen. Im Zuge des Generationenwechsels gelangen viele Grundstücke in die Hände von Erbgemeinschaften, die sie wegen der hohen Grundstückspreise an Investoren weitergeben. Mit der Realisierung der Bauherrnprojekte schrumpfen

dann die vormals großen Gärten zu Alibi-Spielplätzen und allenfalls begrünten Dächern von Tiefgaragen. Entgegen anderslautenden Äußerungen werden bislang solche Großprojekte unter Befreiung von den Einschränkungen der immer noch gültigen Ortsbausatzung 1957 genehmigt.

Folge ist eine rasante Erosion von Grünflächen mit ihrem Baumbestand: Ein für unser bedrohtes Stadtklima lebenswichtiger „Lungenflügel“ wird akut von der Schwindsucht befallen! Unsere öffentlichen Parks alleine können das nicht schaffen.

Hierzu liefern die Parteien verschiedene Lösungsansätze. CDU und FDP befürworten Einzelfallentscheidungen. Die WiR-Fraktion will kein Wachstum um jeden Preis und fordert einen breiten öffentlichen Diskussionsprozess um eine nachhaltige Stadtentwicklung. Die SPD möchte die Oststadt als gelungenes Beispiel für Nachverdichtung auch auf andere Quartiere übertragen. Die Grünen fordern neben verbindlichen Regeln den Kontakt zu Initiativen vor Ort, und die Linke Liste plädiert bei Neubauten für eine Pflanzbindung, um Steinvorgärten zu vermeiden.

## **4. THEMENFELD FLÄCHENNUTZUNGSPLANUNG UND ÖKOLOGISCHES BAUEN**

### **4.1. Siedlungsentwicklung und Flächennutzungsplanung**

Die CDU bekennt sich zum Grundsatz „Innen- vor Außenentwicklung“, befürwortet aber einen weiteren Flächenverbrauch für Wohnungen und Gewerbeansiedlung. Nur so könnten die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Finanzierung der öffentlichen Aufgaben gewährleistet werden. Der Erhalt von Streuobstwiesen und Naherholungsgebieten wird zwar gefordert, aber durch keine verbindlichen Regelungen gesichert.

Die SPD möchte Platz für Gewerbe durch Verdichtung von existierenden Industriegebieten schaffen. Hierfür sollen große Parkplätze, eingeschossige Hallen und mindergenutzte Gewerbeflächen erfasst und effizienter gestaltet werden. Die SPD nimmt leider nicht Stellung zum Wohnbau im Außenbereich, sondern konzentriert sich auf die Mobilitätsprobleme in den neuen Wohnquartieren. Die Umweltverbände fragen eher, wo diese Quartiere gebaut werden sollen und welche Auswirkungen sie auf die Umwelt haben. Die SPD betont, dass das Prüfverfahren im Flächennutzungsplan die Schutzinteressen der Natur in den Vordergrund stellt, und erkennt die Grenzen des Wachstums an. Damit ist sie mit den Umweltverbänden einig.

Die Grünen versuchen den Flächenverbrauch zu bremsen und haben sich in einem Antrag gegen einige besonders umweltsensible Gebiete ausgesprochen. Trotzdem haben sie einigen Gebieten zugestimmt. Sie unterstützen zusammen mit den Linken und der FDP den Bau von preiswerten Wohnungen über Parkplätzen oder Gewerberäumen. Ausgleichsmaßnahmen für Baumaßnahmen sollen verbessert werden.

Die FWV möchte Umwelt- und Ausgleichsmaßnahmen erst im konkreten Fall regeln und ist der Ausweisung neuer Gebiete im Flächennutzungsplan gegenüber unkritisch.

Die WiR-Fraktion und die FDP sind bereit, einzelne Gebiete im FNP kritisch zu prüfen und u.U. zu reduzieren oder ganz zu streichen. Die Prüfkriterien sind uns leider unbekannt.

Von allen Parteien lehnt nur die Linke Liste eine Bebauung im Außenbereich ausdrücklich ab. Auch fordert sie, dass der tatsächliche Bedarf an Wohnraum unter Berücksichtigung des demografischen Wandels ermittelt wird. Die Ausweisung weiterer Flächen, besonders für Ein- und Zweifamilienhäuser, lehnen die Linken ab, da in den nächsten 10 – 15 Jahren viele Häuser und Wohnungen frei werden. Die Linke fordert außerdem die Umnutzung von Gewerbegebieten zu Mischgebieten, in denen durch effizientere Nutzung von Parkplätzen und Aufstockungen von Industriegebäuden preiswerter Wohnraum entstehen kann.

Von allen Parteien kommen die Positionen der Linken Liste den Umweltverbänden am nächsten.

## **4.2. Ökologisches Bauen**

Die CDU betrachtet ökologisches Bauen nicht vorrangig als Aufgabe der Stadt, sondern konzentriert sich auf die Bauwilligen, die sie bei der Beantragung von Fördermitteln unterstützen möchte. Um Vogelschlag an Glas zu vermeiden, soll darauf bei der Planung von Baumaßnahmen geachtet und Alternativen vorgeschlagen werden. Die Diskussion über eine Beleuchtung, die die nachtaktiven Tiere berücksichtigt, soll bei den Stadtwerken geführt werden. Wir meinen, dass die richtige Gestaltung von Lampen, Lichtkegel und Lichtstärke bereits im Bebauungsplan festzulegen ist.

Die SPD sieht in Stadtvierteln wie dem Schafstall die ökologische Bauweise gut umgesetzt, bedauert aber, dass bei Einzelprojekten in bestehenden Siedlungsgebieten der finanzielle Gewinn des Bauträgers gegenüber Umweltbelangen zu sehr im Vordergrund steht. Auf die Frage, ob die Vermeidung von Vogelschlag an Glas bereits im Baugenehmigungsverfahren festgeschrieben werden soll, bleibt die SPD ebenso wie alle anderen Parteien außer die Linken eine konkrete Verpflichtung schuldig. Dennoch ist die Notwendigkeit, Vögel zu schützen bei allen Fraktionen angekommen.

Die Grünen setzen auf frühzeitige Kommunikation mit den Naturschützern, um ihre Kritik an Bebauungsplänen im Gemeinderat zu unterstützen. Konkret werden die Grünen und Unabhängigen in ihrer Forderung, die GWG müsse eine Vorreiterrolle bei Bauvorhaben spielen. Sie wollen klimaneutrale Quartiere und sprechen sich für eine rechtzeitige Information von Bauwilligen aus.

Die FWV, WiR-Fraktion und FDP begrüßen die Ziele des ökologischen Bauens. Die WiR Fraktion nennt zusätzliche Kriterien für ökologisches Bauen, die großen Sachverstand zeigen.

Die Linke Liste möchte Baugenehmigungen von der Einhaltung ökologischer Kriterien abhängig machen und fordert mehr Kontrolle bei der Umsetzung. Sie empfiehlt, genauer auf eine schonende Beleuchtung für nachtaktive Tiere zu achten. Zusammen mit der FDP sieht sie die Notwendigkeit, in Beleuchtungsfragen die Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung auch zu berücksichtigen.

## **5. THEMENFELD GEWÄSSER UND ABWASSERREINIGUNG**

### **5.1. Naturnahe Gewässer**

Das Ziel einer naturnahen Entwicklung von Gewässern ist bei allen Parteien unstrittig; hier lässt sich kaum Konfliktstoff erkennen.

Die CDU sieht die Renaturierung der Flüsse hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt, das Hochwasserrisiko zu verringern. Sie spricht sich generell für sinnvolle Maßnahmen zur Unterstützung des Naturschutzes im Erholungsgebiet Markwasen aus.

Auch bei der SPD hat der Hochwasserschutz eine hohe Priorität; sie setzt sich für genügend große Retentionsflächen als Vorsorgemaßnahme ein. In Bezug auf das Markwasengebiet verweist sie auf ihre bisherigen Erfolge.

Die naturnahe Entwicklung der Gewässer spielt für die Grünen und Unabhängigen ebenso eine wichtige Rolle für den Klimaschutz und die Aufenthaltsqualität in der Stadt. Durch Biotopvernetzung am Gewässer hoffen sie, Überflutungsflächen gegen Hochwasser bereits an Bachläufen zu entwickeln. Unter dem Stichwort Verantwortung für zukünftige Generationen sprechen sie sich allgemein für Artenschutz und Biotopvernetzung im Markwasen aus.

Die FWV plädieren dafür, die Umweltverbände in die Entscheidungsfindung einzubeziehen, ähnlich wie WiR, FDP und Linke Liste. Die WiR Fraktion fordert regelmäßige Gewässerschauen mit anschließender Umsetzung bzw. Beseitigung der Schwachstellen. Bei der weiteren Entwicklung vom Markwasen müssen Naturschutz-Ziele vorrangig sein.

## **5.2. Abwasserreinigung**

Alle Parteien begrüßen im Grundsatz die vierte Reinigungsstufe in den Klärwerken. Im Einzelnen sind aber Unterschiede zu erkennen.

Die CDU betont den technischen Klärungsbedarf und will die Details von der Stadtentwässerung diskutieren lassen. Sie spricht sich zunächst für eine Prüfung der Investitionen für eine vierte Reinigungsstufe aus.

Die SPD legt sich fest: Sie will die vierte Reinigungsstufe, die Gewässerökologie zwingen zum Handeln. Bedauert wird die fehlende gesetzliche Grundlage in Baden-Württemberg. Um die errechneten Mehrkosten von 23 Euro pro Einwohner im Jahr abzufedern, fordert die SPD die Landesregierung zur Förderung der Kommunen auf. Freie Wähler und FDP unterstützen die vierte Reinigungsstufe im Prinzip ebenso, äußern aber Bedenken wegen fehlender Klarheit bei der Technik und der Höhe der Investitionskosten. Grüne und Linke Liste sind uneingeschränkt dafür. Die vehementeste Verfechterin der vierten Reinigungsstufe ist die WiR-Fraktion. Sie verweist auf das Vorbild Tübingen und begründet ihre Forderung eines entsprechenden Ausbaus der Kläranlagen damit, dass die menschengemachten Spurenstoffe, die zwar nur in kleinsten Konzentrationen in unser Trinkwasser gelangen, dennoch schädlich für Mensch und Natur sein können. Deshalb ist für die WiR-Fraktion die vierte Reinigungsstufe ein Muss, auch wenn technisch noch nicht das letzte Wort gesprochen ist.

Insgesamt ergibt sich eine große Übereinstimmung aller Parteien mit der Position der Umweltverbände. Am deutlichsten wird das bei diesem Thema von WiR formuliert.

# KOMPENDIUM DER FRAKTIONSANTWORTEN

## T1.1. STADTVERWALTUNG:

### 1.1. Haushaltsmittel für den Natur- und Umweltschutz

Im Haushaltsplan 2019/2020 sind unter dem Titel Natur- und Landschaftspflege, Umweltschutz 12,36 Millionen Euro verbucht. Tatsächlich stehen für Naturschutzmaßnahmen und die Landschaftspflege (z.B. Hecken und Sonderstandorte) seit Jahren viel zu wenig Mittel zur Verfügung. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass künftig für die Umsetzung von Naturschutz- und Landschaftspflegemaßnahmen deutlich mehr Mittel vorgesehen werden und im Haushalt mit eigener Haushaltsstelle enthalten sind?

**CDU:** Natur- und Landschaftspflege ist eine wichtige Aufgabe, deshalb ist es entscheidend festzulegen, welche Maßnahmen zusätzlich erforderlich sind und wie hoch die dafür anstehenden Finanzmittel sein müssen. In den Bezirksgemeinden und auch teilweise in den Stadtteilen werden Grünflächen und Spielplätze teilweise ehrenamtlich betreut, angepflanzt und gepflegt. Dies wird mit hohem Engagement unserer Bürger getan.

Es gibt bereits eine eigene Haushaltsstelle im Haushaltsplan für den Bereich Grünflächen. Dabei sind Mittel für die Unterhaltung von Grün- und Parkanlagen, Spielplätze, Grün an Straßenflächen, Sportplätzen und viele mehr eingestellt. Die Höhe der im Haushalt enthaltenen Mittel zur Natur- und Landschaftspflege werden in jedem Doppelhaushalt neu beraten, die CDU möchte ebenfalls mehr Grünflächen und vor allem eine verstärkte Pflege dieser Bereiche.

**SPD:** Die Mittel für Natur- und Landschaftspflege und den Umweltschutz erfuhren in den letzten Jahren eine deutliche Steigerung. Durch das Hinzukommen der Achalm ist der Wirkungsbereich zudem erweitert worden. Die Folgen des Klimawandels haben weitere Steigerungen bei den Pflegemaßnahmen und im Naturschutz zur Folge. Um eine lebenswerte Stadt mit ihrem Umfeld zu erhalten, werden wir weitere Maßnahmen ergreifen müssen. Die Pflege der städtischen Parks und der Echazau ist eine wichtige Daueraufgabe, welche künftig noch mehr Aufmerksamkeit verdient. Vorstellungen der SPD zur Umwandlung der Parks wie der Pomologie und des Volksparks in eine Dauerparkeinrichtung wurden bislang nur im Ansatz angepackt. Viele Bereiche sind noch im Zustand nach der längst zurückliegenden Landesgartenschau. Wir erwarten auch vermehrt Mittel des Landes zur Erhaltung der Landschaft, welche über den Landkreis und den Landschaftserhaltungsverband an die Stadt und ihre Vereine, wie den Listhof, weitergereicht werden. Die in der Etatbroschüre dargestellte Summenbildung verfälscht das Bild in gewisser Weise. Darin sind Dauerkosten ebenso enthalten wie Personalaufwand und Projektmittel. Die Darstellung hat jedoch den Sinn darzustellen, welche Bedeutung Natur und Umwelt in der Stadt haben und auch künftig haben müssen.

**Grüne:** In unserem Wahlprogramm räumen wir Naturschutz und Stadtklima sowie Ökologie zwei Kapitel ein. Ja, wir stimmen für mehr Mittel im Haushalt. Hilfreich sind konkrete Vorschläge von Ihnen. Der Ist-Zustand muss erfasst werden, um Pflegemaßnahmen koordinieren zu können. Daraus ermittelt sich die Summe der Haushaltsmittel, die für diese Maßnahmen notwendig sind. Es braucht zusätzlich den regelmäßigen Austausch zwischen den Naturschutzverbänden und den entsprechenden Sachbearbeitern. Die ökologische Qualität unserer Natur muss dringend erhalten und verbessert werden.

**FWV:** Wenn das Volumen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel dies zulässt – ja. Es sollte für die Mittel eine Prioritätenliste – wie in anderen Bereichen auch – erstellt werden. Eine eigene Haushaltsstelle ist nicht notwendig, dass mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden. In diesem Zusammenhang verweisen wir auch auf die Antwort zu Frage 1.2.

---

**WiR:** Dies kann nur mit einem klaren JA beantwortet werden. In Zeiten des fortschreitenden Artensterbens müssen wir in Zukunft dem Natur- und Umweltschutz und der Landschaftspflege einen wesentlich höheren Stellenwert einräumen. Eine intakte Natur ist langfristig die Grundlage für Leben und Gesundheit von uns Menschen. Wir müssen diese auch für künftige Generationen schützen und eine biologische Vielfalt erhalten.

**FDP:** Ja. In unserem Kommunalwahlprogramm fordern wir Freien Demokraten die „Erhaltung der Natur- und Landschaftsschutzgebiete, Naturdenkmale, Flora-Fauna-Habitate- und Vogelschutz-Areale“. Dafür müssen die notwendigen Mittel bereitgestellt werden.

**Linke Liste:** Ja, wir werden uns dafür einsetzen, daß in Zukunft deutlich mehr Mittel im Haushalt mit eigener Haushaltsstelle für die Umsetzung von Naturschutzmaßnahmen und die Landschaftspflege enthalten sind. Insbesondere auch im Hinblick auf ein eigenständiges Umwelt- und Grünflächenamt, wie es Reutlingen früher hatte.

---

## 1.2. STADTVERWALTUNG: Eigenständiges Grünflächen- und Umweltamt

Das Umwelt- und Grünflächenamt der Stadt Reutlingen ist dem Bauamt untergeordnet. Bei der Pflege der städtischen Anlagen und Durchführung von Maßnahmen des Umweltschutzes kommt es immer wieder zu Pannen und Verzögerungen. Die Umweltverbände empfehlen daher, dem Umwelt- und Grünflächenamt mehr Eigenständigkeit zu verschaffen und es auch aufgrund der starken Auslastung der Amtsleitungen im Bauamt (Baumaßnahmen Stadtbahn und Stadtbuskonzept) direkt dem Bürgermeister zu unterstellen. Würden Sie diese Änderung in der Verwaltungsstruktur unterstützen?

**CDU:** Zum Amt für Tiefbau, Grünfläche und Umwelt gehören die Abteilungen Grünfläche und Umwelt, Tiefbau und als Stabsstelle der Umweltschutz. Es gibt bereits ein eigenständiges Amt für Grünflächen und Umwelt, dieses ist nicht dem Bauamt unterstellt. Da das Amt Bürgerbüro Bauen ist eine eigenständige Abteilung mit eigenen Zuständigkeiten, zu denen unter anderem die Bereich Bauplanung, Bauordnung usw. gehören. Daher ist eine Änderung in der Verwaltungsstruktur nicht erforderlich.

**SPD:** Die jetzige Organisationsstruktur mit der Zuordnung der Abteilung Grünflächen und Umwelt zum Amt für Tiefbau, Grünflächen und Umwelt hatte zum Grund, Schnittstellen zu minimieren und ganzheitliche Handlungsansätze zu ermöglichen. Betrachtet man die im Straßenraum notwendigen Veränderungen und deren Verknüpfung mit dem Stadtgrün, den Bäumen im Straßenraum und der Entwicklung eines klimaverträglichen Straßenraums als Lebensumfeld der Stadt so ergibt sich unmittelbar die Verpflichtung zu einer engen Verbindung zwischen dem Tiefbau und der Grünpflege und -gestaltung. Es ist ja eine unmittelbare Handlungserfordernis, dass Straßen und Wege in der Stadt im Verbund mit dem Grün entwickelt werden. Es ist unmittelbar verständlich, dass das Ziel der Umweltverbände ist, der Umwelt und dem Grün in der Stadt mehr Bedeutung und mehr Wirkung einräumen zu können. Dies Ziel teilt die SPD uneingeschränkt.

Wenn sie jedoch bedenken, dass z.B. im Naturschutzgebiet Listhof sowohl das Regierungspräsidium Tübingen, wie das Landratsamt Reutlingen als auch die Stadt Reutlingen regulierend und bestimmend tätig sind, dann ergibt sich, dass eine enge Verknüpfung der Zuständigkeiten in einem Amt ein wichtiges Ziel bei der Entwicklung der Umwelt darstellt. Nicht zuletzt sei darauf verwiesen, dass es die handelnden Personen sind, in deren Einvernehmen und produktiven Zusammenwirken gute Erfolge für Natur und Umwelt erzielt werden können. Schließlich hat die SPD seit Jahren gegen die Gemeinderatsmehrheit versucht, den Dezernatsbereich personell aufzustocken, um dort mehr Handlungskapazität zu entwickeln. In der heute gegebenen Personalnot bei hoher allgemeiner Nachfrage nach dem begehrten Fachpersonal rächt sich die in den Vorjahren geübte Zurückhaltung der Gemeinderatsmehrheit. Die Änderung der Geschäftskreise liegt in der Zuständigkeit des Oberbürgermeisters im Einvernehmen mit dem Gemeinderat. Es bleibt abzuwarten, ob der neu gewählte Oberbürgermeister Änderungen entwickelt. In der Dauerwirkung solcher Veränderungen gilt es diese gründlich abzuwägen. Änderungen alleine bewirken noch keine veränderte Handlungsweise oder gar erhöhte Haushaltsansätze.

**Grüne:** In unserem Wahlprogramm fordern wir ausdrücklich ein eigenes Amt für Umwelt und Naturschutz. Ja, wir wollen dieses Amt aus dem Baudezernat ausgliedern und direkt dem Oberbürgermeister unterstellen, damit weniger Abhängigkeit besteht und damit der Dringlichkeit von Klima- und Naturschutz der entsprechende Stellenwert eingeräumt wird.

**FWV:** Die Fraktion der FWV hat eine diesbezügliche Anfrage bereits am 03.04.2019 gestellt (liegt als Anlage bei). Damit soll einer stärkeren Gewichtung des Natur-, Umwelt-, Klima- und Bodenschutz, sowie der Grünflächen, Rechnung getragen werden.

Mit Datum vom 24.04.2019 hat die Stadtverwaltung mit einer Mitteilungsvorlage geantwortet (liegt als Anlage bei).

**WiR:** Ein eigenständiges Grün- und Umweltamt halten wir seit jeher für wichtig!

Es wurde von der WiR-Fraktion bereits 14. Dez. 2005 beantragt. Jedoch leider seitens der Verwaltung UND dem Gemeinderat mehrheitlich abgelehnt. Die immer weiter steigenden Anforderungen in diesem Bereich können in der derzeitigen Ämterstruktur nicht in dem dem Umweltschutz erforderlichen Masse wahrgenommen und umgesetzt werden.



---

**FDP: Ja. Die FDP hat sich im Gemeinderat bereits mehrfach für ein eigenständiges Umwelt- und Grünflächenamt ausgesprochen.**

**Linke Liste:** Ja, wir unterstützen daher die Änderung der Verwaltungsstruktur dahingehend dem Umwelt- und Grünflächenamt der Stadt Reutlingen eine Eigenständigkeit zu geben. Es würde auch bei Interessenskonflikten zwischen Naturschutz und Bauen, dem Naturschutz mehr Gewicht geben. Auch in Hinblick auf die fachliche Kompetenz der führenden Mitarbeiter, sollte dieses Amt für eine schnelle und gute Kommunikation, direkt dem, Oberbürgermeister unterstellt sein.

---

## 2.1. NATUR IN DER STADT: Baumschutzsatzung

Der Baumbestand nimmt aufgrund zunehmender Verdichtung im Innenbereich in den letzten Jahren deutlich ab. Daher halten wir es für umso wichtiger, den verbliebenden Baumbestand zu erhalten. Eine Baumschutzsatzung bietet dafür eine gute Grundlage und sollte unseres Erachtens auch mit einem Beratungsangebot für Gartenbesitzer verbunden werden. Sind sie bereit, sich als Mitglied des Gemeinderates nachdrücklich dafür einzusetzen, dass die schon seit Jahren im Gespräch befindliche Baumschutzsatzung nun endlich ausgearbeitet und in Kraft gesetzt wird?

**CDU:** Der Baumbestand und hier besonders der Erhalt der Bäume ist eine wichtige Voraussetzung zur Verbesserung des Klimas in der Stadt und zur Erhöhung der Aufenthaltsqualität. Eine generelle Baumschutzsatzung für das gesamte Stadtgebiet wäre für eine konkrete Anwendung und Umsetzung schwierig, weil jedes Stadtgebiet andere Strukturen aufweist. Deshalb spricht sich die CDU für eine separate Regelung bei der Aufstellung von Bebauungsplänen aus, mit der Möglichkeit entsprechend der örtlichen Gegebenheiten zu entscheiden. Der Erhalt von Baumbestand ist dabei eine wesentliche Aufgabe.

**SPD:** Die SPD-Fraktion setzt sich seit Jahren für eine Baumschutzsatzung ein. Die Pflege des alten Baumbestands ist eine Pflichtaufgabe der Stadt. Waren diese Bemühungen in den zurückliegenden Jahren stets von Misserfolgen begleitet, eine Mehrheit im Gemeinderat nicht gegeben, so zeigt sich jetzt eine Änderung der Situation: Die Stadtverwaltung hat die Entwicklung einer Baumschutzsatzung in ihr Handlungsprogramm aufgenommen. Die hierfür nötigen Beschlüsse haben sich im zurückliegenden Haushaltsverfahren ergeben. Wann dies jedoch tatsächlich zu Vorlagen und Beschlüssen, verbunden mit den dann wieder strittig werdenden Mehrheitsverhältnissen, führt, können wir im Moment nicht prognostizieren. Die SPD erwartet die Baumschutzsatzung jedoch noch im Verlauf des jetzigen Doppelhaushalts.

**Grüne:** Seit den 1980 Jahren versuchen die Grünen und Unabhängigen in der Stadt Reutlingen eine Baumschutzsatzung einzuführen. Leider bis jetzt ohne Erfolg. In 52 Städten in Baden-Württemberg ist dies bereits fester Bestandteil des städtischen Regelwerks. Unser Antrag aus dem letzten Jahr wurde nicht abgelehnt, sondern es wurde eine Anhörung beschlossen, die nicht stattgefunden hat. Nach der Wahl werden wir das Thema wieder aufnehmen. Wir setzen uns weiter massiv dafür ein, dass Bäume bei Bauvorhaben und in Bebauungsplänen erhalten werden. Für Bäume, die entfernt werden, müssen gleichwertige Ausgleichsmaßnahmen erfolgen. Wir setzen vor allem auf den Erhalt und die Neupflanzungen von großkronigen Bäumen.

**FWV:** Der Erhalt des Baumbestandes ist eine wichtige Angelegenheit! Eine Baumschutzordnung beinhaltet zu viel Verwaltungsaufwand und geht mit hoher Bürokratie einher und dies auf Dauer. Schützenswerte Bäume auf Grundstücken, die bebaut werden sollen, sollen über das Baurecht und/oder den Bebauungsplan erhalten werden. Auf jeden Fall sind Ausgleichsmaßnahmen vorzusehen.

**WiR:** Dies kann auch nur mit einem klaren JA beantwortet werden.

Oftmals wird eine Baumschutzsatzung wegen des allgemeinen Trends der Bevölkerung zu mehr Umweltbewusstsein abgelehnt.

Leider zeigt sich in Reutlingen, dieses reicht nicht aus. Jüngste Beispiele im Gebiet Lerchenbuckel zeigen dies drastisch.

Es wurden, oftmals von Investoren, prächtige alte Bäume einfach abgesägt weil diese Baumaßnahmen im Weg standen.

Besonders durch den Klimawandel und eine immer weitere Verdichtung in den Ballungsräumen werden Bäume für das Stadtklima immer wichtiger.

Bäume lindern mit ihren Kronen die sommerliche Hitze, sie filtern Schadstoffe aus der Luft und bilden Sauerstoff. Pflanzen und Bäume sind das A und O und sorgen für ein gutes Stadtklima tragen so zu mehr Lebensqualität der Bürger bei!

**FDP:** Nein. In unserem Programm fordern wir „Schutz bestehender und Pflanzung neuer Bäume ohne bürokratische Baumschutzverordnung“. Wir befürchten, dass im Vorfeld einer Ratsentscheidung für eine Baumschutzsatzung sehr viele Bäume gefällt werden könnten, um vollendete Tatsachen zu schaffen.

**Linke Liste:** Ja. Die Linke Liste wird sich im Gemeinderat nachdrücklich dafür einzusetzen, dass die Baumschutzsatzung ausgearbeitet und in Kraft gesetzt wird.

## 2.2. NATUR IN DER STADT: Naturnahe Grünflächen

Die städtischen Grünanlagen haben in Größe, Ausprägung und örtlicher Verteilung im Gebiet der Stadt Reutlingen hohes Potenzial, Lebens- und Rückzugsräume für die verschiedensten Tier- und Pflanzenarten darzustellen. Ihre sachgerechte Pflege bietet die Chance, dieses wertvolle Potenzial zu stärken und weiterzuentwickeln.

Mit Unterstützung mehrerer Förderprojekte des Landes wurden auch in Reutlingen Grünflächen naturnah umgestaltet. Werden Sie sich für weitere Maßnahmen der Grünflächenentwicklung zu Gunsten der Artenvielfalt einsetzen? Besonders ältere Bäume haben einen hohen ökologischen Wert. Ihr Erhalt erfordert besondere Pflege und die Bewahrung günstiger Bodenverhältnisse, beispielsweise dadurch, dass Laub unter Bäumen und Sträuchern nicht entfernt wird. Werden Sie sich für eine entsprechende Ausrichtung der Baum- und Grünflächenpflege aussprechen? Sind Sie bereit, in Bezug auf die oben formulierten Fragen und bei der Behandlung von Naturschutzbelangen das Knowhow der Ehrenamtlichen in den Reutlinger Naturschutzvereinen und im Landesnaturschutzverband einzubeziehen und das Gespräch mit ihnen zu pflegen?

**CDU:** Die sachgerechte Pflege und der Erhalt von öffentlichen Grünanlagen ist für unsere Bürgerinnen und Bürger entscheidend wichtig und dient der Aufenthaltsqualität. Dadurch können Tier- und Pflanzenarten geschützt werden. Zusätzliche Maßnahmen der Grünflächenentwicklung zum Erhalt der Tier- und Pflanzenarten wird die CDU mit großer Überzeugung unterstützen. Bei den Naturschutzverbänden ist ein großes Fachwissen vorhanden, es ist sehr wertvoll, wenn auf dieses Fachwissen zurückgegriffen werden kann. Deshalb ist eine Zusammenarbeit zwischen den Naturschutzverbänden und der Stadt und den einzelnen Fraktionen außerordentlich zu begrüßen. Es macht Sinn regelmäßige Gespräche auf Fachebene zu führen und dieses wertvolle Wissen zu nutzen.

Unser Listhof ist ebenfalls ein wichtiger Ratgeber.

**SPD:** Der Umgang mit dem Geschwister-Wunschel-Park bei der Planung für das neue Pflegeheim im Storlach zeigt, wie eng die Verbindung zwischen den Ämtern und Dezernaten sein sollte. Das vom Verwaltungsdezernat geplante Pflegeheim umfasste bis zum derzeitigen Stand nur die Frage nach der Standortbestimmung. Dabei wurde der Geschwister-Wunschel-Park und seine naturnah hergestellten Flächen übergeben. Auf der Nachfrage der SPD-Fraktion hat die Stadtverwaltung ihr Versäumnis eingeräumt und zugesichert, die Flächen bei der Baumaßnahme dann an anderer Stelle des Gesamtareals wieder herzustellen. Dass das Pflegeheim dort bleiben soll ist ja vermutlich unstrittig. Die fehlende Sensibilität ist eine Herausforderung für bessere Kooperation in der Stadtverwaltung.

In der Tat sind die städtischen Grünbereiche, die Gärten in der Stadt ebenso wie die von der Stadt gepflegten Grünbereiche, insbesondere auch die Herstellung einer ökologischen Flussaue der Echaz, ganz zentrale Aufgaben beim Schutz von Biodiversität und der in der Stadt bewahrten und geschützten Tier- und Pflanzenwelt. Bedauerlich ist die von einem Teil der Stadtbewohner derzeit angestrebte Herstellung von Steinwüsten in den Vorgärten. Auch hier ist eine Beratung, Aufklärung und vielleicht auch Hilfestellung durch Stadt und Naturschutz ganz wichtig. Die Stadt kann nicht alles richten. Jedoch sollten wir alles tun, dass sich Reutlingen zu einer grünen Stadt entwickelt, welche einen entsprechenden Ruf in ihr Umfeld entwickelt. Dass dies möglich ist, zeigen andere Städte, welche entsprechende Ausstrahlungen in ihr Umfeld haben. Dazu gehört auch ein Wirken von oberster Stelle aus, denn dann bekommt die Sache doch eine wesentlich größere öffentliche Aufmerksamkeit. Eine ökologisch bewahrende Pflege der Baumbestände und deren Wuchsraum ist für die SPD-Fraktion eine Pflichtaufgabe. Wir hoffen sehr, dass in der Stadtverwaltung dem auch Rechnung getragen wird. Die Zusammenarbeit mit den Naturschutzvereinen ist für die SPD-Fraktion dabei von hoher Wichtigkeit. Dem muss in Zukunft noch größerer Raum gegeben werden. Wie wir dies beim Jourfix im Listhof haben oder wie wir dies in der Frage der Kinderbetreuung jetzt ständige Praxis haben, so muss dies auch in anderen Bereichen zunehmenden Raum bekommen. Dabei entsteht jedoch auch die Frage nach der Überforderung des Ehrenamts. Dies gilt es mit Sorgfalt zu beachten und gegebenenfalls durch eine Erhöhung des Sachverstands in der Stadtverwaltung unterstützend zu pflegen.

**Grüne:** Grundsätzlich sagen wir, dass die Mitarbeiter der TBR (einschließlich Leitungsebene), die die meisten Grünanlagen der Stadt Reutlingen pflegen, regelmäßige Schulungen über Tier- und Pflanzenschutz erhalten sollten. Dies muss ein fester Bestandteil werden. Der ganze Prozess von der Planung über die Pflanzung bis zur Pflege ist sehr ausbaufähig. Wir müssen in allen Ebenen die Menschen dafür sensibilisieren, dass auch naturnahe Bepflanzung und Pflege möglich sind.

---

Wir setzen uns immer wieder dafür ein, dass die Naturschutzverbände mit Ihrem Wissen in Planungen und Pflege von Grünflächen und Baumpflege einbezogen werden. Dies gilt im Besonderen auch bei Baumaßnahmen. Vor allem die Kenntnis über besonders schützenswürdige Gebiete und Arten ist für den Erhalt unserer Fauna und Flora wichtig. Das Beispiel Gebrüder-Wunschel-Park ist schmerzhaft, da der Gemeinderat beim Grundsatzbeschluss zum Bau eines neuen Pflegeheims nicht darüber informiert wurde, dass dieses Projekt beim Bau zerstört wird.

**FWV:** Natürlich setzen wir uns für weitere Maßnahmen zum Artenschutz und zur Grünflächenerhaltung ein. Das Knowhow der Ehrenamtlichen in den einschlägigen Vereinen und Institutionen ist unverzichtbar!

**WiR:** Auch dies kann nur mit einem klaren JA beantwortet werden.

**FDP:** Ja. Die FDP will nicht nur mehr „Stadtgrün“, sondern mehr ökologisch wertvolle Grünflächen. Die Einbeziehung möglichst vieler ehrenamtlich tätiger Bürgerinnen und Bürger ist für uns selbstverständlich. Deshalb fordern wir in unserem Programm ja auch eine intensivere Öffentlichkeitsarbeit für die Bürgerbeteiligung.

**Linke Liste:** Ja. Wir werden uns sowohl für weitere Maßnahmen der naturnahen Grünflächenentwicklung und Umgestaltung zu Gunsten der Artenvielfalt einsetzen, wie auch für den Erhalt und die Pflege älterer Bäume, dazu gehört selbstverständlich, dass wir uns für eine entsprechende Ausrichtung der Baum- und Grünflächenpflege einsetzen und uns für eine aktive Kommunikation mit den Reutlinger Naturschutzverbänden aussprechen damit das Knowhow der Ehrenamtlichen in den Reutlinger Naturschutzvereinen und im Landesnaturschutzverband einbezogen werden kann.

---

### 3.1. STADTÖKOLOGIE: Nachverdichtung bestehender Siedlungsgebiete

Hausgärten haben zusammen mit öffentlichen Grünanlagen eine große Bedeutung für die Luftqualität und Frischluftzufuhr im Stadtgebiet. Derzeit verbleibt bei Baumaßnahmen im Innenbereich unseres Erachtens zu wenig Platz für Grünflächen. Größere Bäume werden nur selten erhalten und noch seltener gepflanzt.

Sind sie bereit, sich nachdrücklich dafür einzusetzen, dass für Neubauvorhaben in gartenreichen Bestandsgebieten verbindliche Leitlinien festgelegt werden, welche gewährleisten, dass in den gewachsenen Gebietscharakter mit seinen Gärten und seinem Baumbestand nur in verträglicher Weise eingegriffen wird?

**CDU:** Es ist uns ebenfalls ein Anliegen die gewachsenen Gebietsstrukturen bei Nachverdichtungen zu erhalten. Dazu gehört der Erhalt von altem Baumbestand und genügend Grünflächen. Die Baumaßnahmen sollen nur in einem verträglichen Maß in die vorhandenen Strukturen eingreifen. Aber auch hier gilt, dass dies Einzelfallentscheidungen sein müssen und wir mit viel Sorgfalt im Detail die Neubauvorhaben beurteilen sollten.

**SPD:** Wir teilen Ihre Beurteilung der Bedeutung des Grüns im Umfeld der Gebäude vor allem in gewachsenen Siedlungsgebieten hinsichtlich Biodiversität, Luftqualität und städtebaulicher Qualität der Siedlungen. Es wird nicht möglich sein, über alle Stadtviertel Bebauungspläne zu entwickeln und zu beschließen, um die geforderte Zielrichtung zu erreichen. Das hierfür notwendige Personal, der Aufwand für Beteiligung, situationsangemessener Regelungen usw. wäre der Sache auch nicht förderlich. Andererseits ist bei der Einhaltung des Grundprinzips der Innenentwicklung vor der Außenentwicklung die Verdichtung in bestehenden Quartiere eine Herausforderung, welche Antworten benötigt. Dies vor allem auch deshalb, weil Wohnraum knapp ist und Mietpreise steigen, eine soziale Herausforderungen, die eine gute Antwort benötigt. In der Auseinandersetzung mit der Fragestellung haben wir am 3.11.2018 einen Antrag an die Stadtverwaltung gerichtet unter der Überschrift: Siedlungsstruktur und Siedlungsqualität – Leitlinien zur werterhaltenden Nachverdichtung. Wir haben beantragt: Die Stadtverwaltung erarbeitet Leitlinien für die Nachverdichtung in bestehenden Wohnquartieren um eine qualitätsvolle Weiterentwicklung der Architektur zur Erhalt des Siedlungsbildes zu ermöglichen.

In der Begründung haben wir ausgeführt: Der Abriss von Bestandsgebäuden und der Bau größerer neuer Gebäude ist in lang bestehenden Siedlungsgebieten der Stadt ohne die Gestaltung lenkende Bebauungspläne ein Problem. Der meist aus finanziellen Gründen betriebene Bau großer neuer Gebäude in die gewachsene großzügige Struktur hat nachteilige Folgen:

- Zerstörung des Gebietscharakters der historisch gewachsenen Gebäudeformen.
- Überbauung der gebietstypischen Gärten mit nachteiligen Folgen für Flora und Fauna in den Stadtvierteln.
- Massive untypische Gebäudeentwicklung, welche Gebäudevolumen vor die Gebäudequalität setzen.

Nachverdichtung soll in angemessener Weise zu neuem und zu mehr Wohnraum führen. Dies kann jedoch nicht in planloser Weise erfolgen. Das Gestaltungsleitbild Oststadt ist für den dortigen Straßenraum und die Architektur ein ausgezeichnetes Mittel um den Gebietscharakter zu erhalten und eine Weiterentwicklung zu ermöglichen. Am Muster dieses Leitbilds orientiert soll ein Leitbild zur Nachverdichtung entwickelt werden, welches neuen Wohnraum ermöglicht, dabei jedoch die Wohnqualität und die für die Stadt sehr wichtige Flora und Fauna, das bekannte Stadtbild, das Stadtklima und die Frischluftströme erhält. Das Leitbild schafft dabei für alle Investoren und Bauinteressierten gleiche Bedingungen für die Entwicklung des Bauens. Als Beispiel für notwendige Leitlinien sehen wir das Gebiet auf der Bloß - Lerchenbuckel, zwischen Volkspark und Gustav-Schwab-Straße.

**Grüne:** Reutlingen hat bisher eine ausgeprägte Grünstruktur mit privaten Hausgärten, dies wollen wir erhalten und schützen. Dafür setzen wir uns auch jetzt schon bei Bauvorhaben und Bebauungsplänen ein. Wir sind in gutem Kontakt mit der Bürgerinitiative Bloos- Lerchenbuckel, dem Gebiet, aus dem Ihr Beispiel Aaraustraße stammt. Bei der Neuen Wendlerei haben wir nachgehakt und bestätigt bekommen, dass das so nicht den Plänen entspricht. Ihre Beispiele zeigen, wie es nicht sein sollte! Verbindliche Regeln mit Details zu Fassadenbegrünung oder Dachgärten sind notwendig, um den Charakter eines Quartiers und ein Minimum an Gärten zu erhalten.

---

**FWV:** Im Rahmen des Baurechts und/oder eines Bebauungsplans lässt sich dies konkretisiert regeln.

**Wir:** Wir sind absolut offen für neue Ideen ohne das Bestehende gleich über Bord zu werfen. Wir müssen Reutlingen gemeinsam lebendig weiterentwickeln: z.B. Lärmschutz ist Gesundheitsschutz! Nachverdichtung nur mit Augenmass! Maßnahmen zur Verbesserung des Stadtklimas z.B. durch mehr Bäume in der Innenstadt und Erhalt der Frischluftschneisen werden wir immer unterstützen.

Die Stadtsilhouette muss erhalten werden und wir wollen kein Wachstum um jeden Preis und fordern dazu ein Konzept zur lang-fristigen Stadtentwicklung. Nicht umsonst haben wir im letzten Doppelhaushalt die Entwicklung eines Leitbildes für die Stadt Reutlingen beantragt. Daraus soll ein Konzept entstehen wohin und wie sich Reutlingen bis zum Jahre 2030 entwickeln soll und dieses Konzept ist regelmässig fortzuschreiben. Prognosen zufolge sollen bis 2055 zwei Milliarden Menschen mehr in Städten leben als heute und wie diese Städte aussehen werden ist noch ungewiss. Vor dem Hintergrund mangelnder verfügbarer Flächen stossen wir sehr schnell an unsere Grenzen. Daher müssen wir uns hier und jetzt damit auseinandersetzen wie eine nachhaltige Stadtentwicklung für Reutlingen aussehen muss. Dafür ist es wichtig, dass alle Disziplinen zusammenarbeiten. Bereits heute arbeiten in innovativen Städten bei städtebaulichen Projekten nicht nur Stadtplaner, Architekten und Ingenieure zusammen, sondern es sind beispielsweise auch Ökonomen, Ökologen, Soziologen und Kulturwissenschaftler beteiligt. Faktoren wie der Klimawandel bis hin zu sozialen Faktoren spielen bei der langfristigen Entwicklung einer Stadt mit hinein. Stadt der Zukunft geht alle an!

**FDP:** Die FDP ist dafür, dass bei Nachverdichtungen in verträglicher Weise in Gärten und Baumbestände eingegriffen wird. Da wir aber auch den Bau zusätzlicher Wohnung für unbedingt erforderlich halten, muss hier jeder Einzelfall sorgfältig abgewogen werden.

**Linke Liste:** Ja, wir werden uns nachdrücklich dafür einsetzen, dass für Neubauvorhaben in gartenreichen Bestandsgebieten verbindliche Leitlinien festgelegt werden, welche gewährleisten, dass in den gewachsenen Gebietscharakter mit seinen Gärten und seinem Baumbestand nur in verträglicher Weise eingegriffen wird. Und wir gehen noch einen Schritt weiter, bei Neubauten soll mittels Pflanzbindung verhindert werden, dass trostlose Steinvorgärten etc. entstehen können.

---

## 4.1. FLÄCHENNUTZUNGSPLANUNG UND ÖKOLOGISCHES BAUEN: Siedlungsentwicklung und Flächennutzungsplanung

Viele im Entwurf des Flächennutzungsplanes enthaltene Auswahlflächen sind wertvolle Natur- und Naherholungsgebiete. Über 3.700 Bäume müssten nach dem derzeitigen Stand der Planung gefällt werden. Der Erhaltung von Grünzäsuren kommt ebenfalls eine große Bedeutung zu. In welchem Umfang werden Sie der Neuausweisung von Baugebieten zustimmen? Wo sehen Sie die Grenzen des Wachstums in der Fläche? Sind Sie bereit, Gebiete, die besonders naturschutzwürdig sind, abzulehnen oder verkleinern? Werden Sie beispielsweise auch die Schaffung von preisgünstigem Wohnraum über Parkplätzen und Gewerberäumen unterstützen?

**CDU:** Grundsätzlich gilt für die CDU der Grundsatz Innenentwicklung vor Außenentwicklung. Der große Bedarf an Wohnungen wird aber allein über die Innenentwicklung nicht gedeckt werden können. Deshalb ist die gleichmäßige Ausweisung von neuen Baugebieten in der Innenstadt und den Bezirkskommunen notwendig. Die Neuausweisung von Baugebieten muss aber umweltverträglich sein besonders im Hinblick auf den Erhalt der Streuobstwiesen und der Naherholungsgebiete für unsere Bürgerinnen und Bürger.

Wachstum in der Fläche darf nur behutsam im Einklang mit der Natur und der angrenzenden Wohngebiete erfolgen. Die CDU wird sowohl die Schaffung von preisgünstigem Wohnraum aber auch die Ansiedlung von Gewerbebetrieben fördern. Denn die Schaffung und der Erhalt der Arbeitsplätze in Reutlingen gewährleistet uns einerseits die erforderlichen Einnahmen für die Finanzierung unserer öffentlichen Aufgaben aber auch wohnortnahe Arbeitsplätze.

**SPD:** Das Programm der GWG Reutlingen mit den Wohnboxen ist eine bundesweit beachtete Lösung des Problems der fürs Wohnen immer knapper werdenden Flächen. Dies begrüßt die SPD sehr. Jetzt bereits sind weitere Projekte in der Kurt-Schumacher-Straße in Entwicklung, welche das Projekt noch weiter entwickeln. Mit unserem Antrag vom 27.1.2019 unter der Überschrift: Neue Gewerbeflächen durch Nachverdichtung haben wir das Thema auf die Tagesordnung gebracht: Unser Antrag:

- Die Flächen für Gewerbe und Industrie in Reutlingen werden auf Möglichkeiten zur Nachverdichtung und verstärkten Nutzung überprüft.
- Die Stadtverwaltung legt dem Gemeinderat Vorschläge zur Nachverdichtung in Reutlinger Gewerbeflächen vor.
- Zu den Möglichkeiten der Nachverdichtung werden mit den in Frage kommenden Eigentümern und den Verbänden IHK und HWK Gespräche geführt.
- Die Stadtverwaltung berichtet dem Gemeinderat über Lösungsmöglichkeiten in anderen Städten.

Auch in Reutlingen sind die Flächen endlich. Derzeit werden im Rahmen der Flächennutzungsplanung durch den Nachbarschaftsverband verschiedene Flächen im Bereich heutiger Freiflächen überprüft, ob sie für Gewerbeflächen in Frage kommen. Neben der grundsätzlichen Frage nach der weiteren Ausweitung der Siedlungsgebiete in die freie Landschaft sind in der Prüfung Bedingungen von Natur und Landschaft, Artenschutz, Naherholung, Landschaftsstrukturierung und landwirtschaftliche Nutzung als Einschränkung erkennbar. Außerdem fehlt es in vielen Gebieten an der gesellschaftlichen Akzeptanz. Der Flächenverbrauch erreicht Grenzen, welche nicht überschritten werden dürfen.

Deshalb ist die Überprüfung der verdichteten Nutzung vorhandener Gewerbeflächen eine wesentliche Möglichkeit zur Gewinnung von Gewerbeflächen. Zu überprüfen sind vor allem großflächige Parkierungsflächen, mindergenutzte große eingeschossige Hallen und andere Gewerbeimmobilien, welche die vorhandene Fläche nicht im möglichen Maße ausnutzen. Dabei kommt der Überprüfung von Bestandsimmobilien und von Gewerbebetrieben eine besondere Bedeutung zu. Die Überprüfung kann sich für bestehende Firmen als Anreiz zur Modernisierung und damit auch zur Stärkung der Wirtschaftlichkeit zum Standortvorteil auswirken.

Auch fragen wir uns, ob es zur Weiterentwicklung von Industrie und Gewerbe im Zuge der Digitalisierung auch Fördermöglichkeiten bei der Flächenentwicklung von Bund und Europäischer Union gibt.

Die Überprüfung im Bestand muss in guter Zusammenarbeit mit den Eigentümern und den Interessenverbänden der Wirtschaft erfolgen um das notwendige Vertrauen zur Weiterentwicklung des Reutlinger Gewerbebestands zu pflegen. Die

---

Weiterentwicklung muss vom Interesse der Stadt an der sparsamen Flächennutzung und vom wirtschaftlichen Erfolgsinteresse der Unternehmen und damit auch zum Erhalt der Arbeitsplätze in Reutlingen geleitet sein.

Wir bedauern es, dass von Bürgerinitiativen und auch aus dem Gemeinderat heraus verschiedene Bauprojekte in der Innenstadt in ihrer ökologischen Bedeutung herabgewürdigt und andere Projektflächen als unverzichtbar begründet werden. Für uns ist die Lösung des Wohnungsproblems in der Stadt eine enorme Herausforderung, welche eine Lösung nötig macht. Dabei ist die Qualität des neuen Wohnraums in den Quartieren mit großer Sorgfalt zu entwickeln. Dass dies nur möglich ist, wenn die Mobilität in der Stadt sich gravierend ändert, ergibt sich unmittelbar. Wir brauchen eine Mobilitätswende in der Stadt: mehr Fußverkehr, mehr Radverkehr, einen guten Bus- und Bahnverkehr und weniger Autos, fahrend oder parkend. Dies ist ein langer Weg, welcher in Reutlingen von den bestehenden Mehrheiten bis heute immer wieder verlängert wurde. Wir hoffen, dass sich hier eine Einsicht durchsetzt. Auch der Umgang mit den Gewerbeflächen ist in gleicher Weise in großem Ernst zu betrachten. Schließlich sollte beachtet werden, dass das Prüfverfahren im Flächennutzungsplan ein Prüfverfahren ist, welches die Schutzinteressen in den Vordergrund stellt. Das Wachstum hat Grenzen, welche eingehalten werden müssen.

**Grüne:** Eine Antwort auf die Frage der Grenze des Wachstums in der Fläche ist schwer. Wir haben uns bisher für den Weg entschieden, den Flächenverbrauch zu bremsen, haben aber auch einigen Gebieten zugestimmt. Sehr gerne diskutieren wir diese Frage gemeinsam mit Ihnen. Wir freuen uns, dass durch den Film "Kein schöner Land" von Sabine Winkler dieses Thema in Reutlingen besonders aktuell geworden ist.

Wir fügen unseren Antrag 16/ 005/ 104 bei, der leider keine Mehrheit fand. Darin haben wir uns gegen die Flächen Mahden in Altenburg, Auchtert in Betzingen, die drei Flächen südlich Dietweg, die Erweiterung Spießhart und vorläufig gegen Bergäcker-Halden ausgesprochen. Ferner haben wir explizit die Stellungnahmen der Naturschutzverbände angefordert.

Zudem müssen wir die Ausgleichsmaßnahmen verbessern, die auch längere Zeiträume in Anspruch nehmen sollten. Wir unterstützen preiswerten Wohnraum über Parkplätzen oder Gewerberäumen, zum Beispiel bei Aldi in der Ringelbachstraße.

**FWV:** Im Rahmen des Baurechts und/oder eines Bebauungsplans lässt sich dies konkretisiert regeln.

**WiR:** Reutlingen ist in einigen Bereichen bereits an den Grenzen eines gesunden Wachstums angekommen und haben diese teils bereits überschritten. Diese Frage ist im Kontext zur vorherigen zu sehen. Wir müssen klar entscheiden wie und wohin sich unsere Stadt entwickeln soll.

Dem derzeit in der Diskussion stehenden Entwurf des Flächennutzungsplanes können wir so nicht zustimmen und wir sind sehr wohl bereit Gebiete abzulehnen. Beispiel Sondelfingen Bergäcker-Halden

**FDP:** Der Flächennutzungsplan enthält Vorratsflächen für Wohnungsbau und Gewerbe. Die FDP wird in jedem Einzelfall prüfen, ob diese Flächen reduziert oder gestrichen werden können. Wir geben der Innenentwicklung Vorrang und unterstützen den Bau von Wohnungen über Parkplätzen und Gewerberäumen.

**Linke Liste:** Nein! Wir werden der Neuausweisung von Baugebieten im Außenbereich, d. h. Natur- und Naherholungsräume, nicht zustimmen. Gebiete, die besonders naturschutzwürdig sind, wie die im Anhang genannten Beispiele FFH-Mähwiesen in Sondelfingen oder die Streuobstwiesen in Ohmenhausen und Gebiete, die wesentlich der Gesundheit der

---



---

Bevölkerung als Naherholungsgebiet dienen, müssen im Flächennutzungsplan der Bebauung entzogen werden und den Status besonders schutzwürdiger Grünzug erhalten.

Reutlingen verfügt über viele brachliegende, bereits versiegelte Flächen, die in den nächsten Jahren bebaut werden müssen und können. Leerstand muss der Spekulation entzogen werden, d.h. leerstehende oder anderweitig langjährig ungenutzte Bauten und Flächen (auch zeitweilig nur als Parkplätze genutzte) müssen für eine Neubebauung herangezogen werden. Auch die Umnutzung von Industrie- in Gewerbegebiet mit Wohnanteil ist vorzuziehen, insbesondere, da diese Gebiete bereits erschlossen und oft gut an den ÖV angebunden sind. Gerade durch Aufstockung von Gewerbegebäuden kann preisgünstiger Wohnraum geschaffen werden und darüber hinaus durch bessere Dämmung etwas für das Klima getan werden. Auch muss der tatsächliche Bedarf an Wohnraum festgestellt werden, unter Berücksichtigung Altersstruktur der jetzigen Bevölkerung Reutlingens und deren Lebenserwartung. Es werden in den nächsten 15 – 20 Jahren für die ein Flächennutzungsplan steht, sehr viele Häuser und Wohnungen in Reutlingen frei werden. Die Grenze des Wachstums in die Fläche ist bereits jetzt erreicht, wenn man den von der UN ins Leben gerufenen IPBES-Bericht zum Artensterben ernst nimmt. Es müssen daher andere Lösungen für die Siedlungsentwicklung gefunden werden (siehe oben). Auch wird sich durch die Digitalisierung die Arbeitswelt verändern und Wohnen und Arbeiten kann zu einer Stadt der kurzen Wege verdichtet werden, daher werden wir das Wachstum in die Fläche ebenfalls ablehnen.

---

## 4.2. FLÄCHENNUTZUNGSPLANUNG UND ÖKOLOGISCHES BAUEN: Ökologisches Bauen

Eine ökologische Bauweise war zu früheren Zeiten (Beispiel Hohbuch-Siedlung und 'Unter dem Georgenberg') in Reutlingen präsenter als in den letzten Jahren. Dach- und Fassadenbegrünung sind ein Beitrag zur Verbesserung des Stadtklimas und der Luftqualität. Dachbegrünungen reduzieren die Hochwassergefahr in Siedlungsgebieten und bieten auch Lebensraum für Insekten. Regelmäßige Informationen von Immobilienbesitzern und Bauherren sowie Fördergelder führen erfahrungsgemäß zu mehr Grün in der Stadt. Werden Sie dies unterstützen?

Vogelschlag an Glas und spiegelnden Fassaden führt nach wie vor zu größeren Verlusten unter besonders betroffenen Arten. Bei der Genehmigung von Baumaßnahmen sollte dies berücksichtigt werden, möglichst bereits in der Bebauungsplanvorlage. Werden Sie dies unterstützen? Nachtaktive Insekten sowie Fledermäuse werden durch Licht in vielen Siedlungsbereichen stark beeinträchtigt. Werden Sie eine den nachtaktiven Tieren zuträgliche Beleuchtung unterstützen?

**CDU:** Regelmäßige Informationsveranstaltungen und Beantragung von Fördermitteln im Bereich ökologische Bauweise wird die CDU unterstützen. Vogelschlag ist bei Glasfassaden ein bekanntes Problem, deshalb ist hier bereits im Vorfeld bei Baumaßnahmen darauf zu achten und es müssen Alternativen vorgeschlagen werden. Dies hat die CDU-Fraktion bei der Diskussion über die Glasfassade beim Theater Tonne auch aufgezeigt.

Es gibt unterschiedliche Beleuchtungsformen, die auch für nachtaktive Tiere nicht beeinträchtigen. Diese Diskussion muss bei den Stadtwerken, die für die Beleuchtungskörper in der Stadt zuständig sind, geführt werden.

**SPD:** Die von ihnen pauschal machte Beurteilung, dass in früheren Zeiten ökologischer gebaut wurde, teilen wir nicht. Wir stimmen zu, dass vorbildhafte Entwicklungen in den von ihnen beschriebenen Stadtvierteln eingeleitet wurden. Gleiches wird jedoch auch in neueren Stadtvierteln angewandt, soweit hierfür ein Bebauungsplan notwendig ist, so z.B. im Schafstall. Bedauerlich finden wir, dass bei Baumaßnahmen im Bestand zu beobachten ist, dass ökologische Qualitäten außer Acht bleiben und der Gewinn für Bauträger und Grundbesitzer im Vordergrund steht. Die von Ihnen beschriebenen qualitativen Merkmale fürs Bauen und deren Wirkung teilen wir uneingeschränkt.

Die Beeinträchtigung der Vogelwelt durch Glasfassaden ist ja bei der Architektur des neuen Theaters Tonne bereits Thema gewesen. Dank der Naturschutzverbände wurde das Thema besprochen und eine Lösung entwickelt, welche ja wirksam ist und auch gestalterisch sich sehen lassen kann. Die immer mehr sich ausbreitenden Glasfassaden sind jedoch auch ein Klimaproblem. Die CO<sup>2</sup>-Bilanz und die Wirkung aufs Stadtklima dieser Gebäude sind erschreckend und deshalb ist auch an die Architektur ein neuer Maßstab anzulegen. Die Lichtverschmutzung und die Beeinträchtigung nachaktiver Insekten und Fledermäuse ist ein wichtiger Hinweis, welcher ja bereits Beachtung findet. So sind die Reutlinger Gewerbegebiete in der Nacht dunkel. Jedoch gilt es hier noch mehr zu tun.

Ganz allgemein müssen wir unsere Bauweisen überdenken. Schließlich wird noch viel zu wenig die Gesamtbilanz der Klimafolgen unserer verbrauchenden Bauweise betrachtet. Auch hier gilt, dass unsere Bauweise verbrauchend und CO<sup>2</sup>-schädlich ist. Ein Umdenken in der Bauwirtschaft, auch hin zu mehr Holzbau, ist angesagt.

**Grüne:** Ökologisches Bauen steht für uns im Vordergrund, auch bei der Tochtergesellschaft der Stadt Reutlingen, der GWG. Sie muss eine Vorreiterrolle spielen und beispielhaft vorgehen oder besser vorbauen. Klimaneutrale Quartiere, Regenwasseranlagen zur Verbesserung des Kleinklimas, Fassaden- und Dachbegrünungen gehören dazu. Rechtzeitige qualifizierte Information von Besitzern und Bauwilligen muss selbstverständlich sein.

Besonders beim Bau des Theaterhauses haben wir uns für den Vogelschutz bei der Spiegelfassade eingesetzt und Planungsänderungen erreicht. Wir wollen uns weiterhin dafür einsetzen, wie auch für den Schutz von nachtaktiven Insekten und Fledermäusen. Wichtig sind für uns Ihre Hinweise; besonders wertvoll wäre für uns, wenn Sie uns Ihre Stellungnahmen zu Bebauungsplänen und Bauvorhaben direkt zusenden könnten. Dann besteht eine viel größere Chance erfolgreich tätig zu werden, als wenn wir nach Abschluss aller Planungen eine Kurzfassung Ihrer Stellungnahmen im Anhang einer Vorlage sehen.

**FWV:** Im Rahmen des notwendigen Klimaschutzes werden wir alle Punkte in beiden Absätzen nachdrücklich unterstützen!

**WiR:** Ökologisches Bauen wird mehr und mehr eingefordert. Und das ist gut so! Leider stehen sich hier auf Grund des Preises oftmals Wunsch und Wirklichkeit im Wege.

---

Soll ein Gebäude ökologisch sein, so heißt dies mehr als nur Dach- und Fassadenbegrünung. Es beginnt mit seinem Standort. Welche Infrastruktur steht zur Verfügung?

Weiterhin der Verwendung umweltverträglicher und regionaler Baustoffe, die Vermeidung baubiologisch bedenklicher oder toxischer Stoffe, ein geringer Energieverbrauch, Solarthermie, Photovoltaik, effiziente Dämmung, Trennung von Trink- und Brauchwasser, Grauwassernutzung usw. usw.

**FDP:** Die FDP ist für ökologisches Bauen mit Begrünungen und Oberflächenwasserversickerung. Deshalb unterstützen wir auch Baugemeinschaften mit derartigen Vorhaben. Dem Vogel- und Insektenschutz räumen wir hohe Priorität ein. Bei der Beleuchtung müssen Umwelt- und Sicherheitsbedürfnisse sorgfältig abgewogen werden.

**Linke Liste:** Wir unterstützen eine ökologische Bauweise vollumfänglich, die Genehmigung von Baumaßnahmen sollte davon abhängig gemacht werden. Leider ist unsere Erfahrung, dass selbst wenn die Bebauungsplanvorlage bestimmte Vorgaben enthält, diese von Seiten der Stadtverwaltung nicht immer eingehalten werden. Auf diesen Missstand werden wir den Finger legen. Wir sind auch dafür die Beleuchtung so umzustellen, dass sie sowohl der Sicherheit dient, wie auch auf die nachtaktiven Tiere Rücksicht nimmt.

---

## 5.1 GEWÄSSER UND ABWASSERREINIGUNG: Naturnahe Gewässer

Die naturnahe Entwicklung von Gewässern wird seit mehreren Jahrzehnten gefordert. Einige der in Reutlingen zuletzt umgesetzten Maßnahmen waren sehr teuer, nach Einschätzung der Naturschutzverbände gesamtökologisch jedoch von vergleichsweise geringer Wirksamkeit. Werden Sie weitere Maßnahmen der Gewässerrenaturierung und die Wiederherstellung von Gewässern mit natürlichem Erscheinungsbild unterstützen? Werden Sie die Entwicklung des Markwasengebietes mit Zielsetzungen des Naturschutzes unterstützen?

**CDU:** Maßnahmen zur Renaturierung und die Wiederherstellung von Gewässern mit natürlichem Erscheinungsbild werden wir grundsätzlich unterstützen. Besonders in Anbetracht der Klimaveränderung ist es in den zurückliegenden Jahren häufig zu Hochwasserereignissen auch in Reutlingen gekommen. Das Hochwasserrisiko kann minimiert werden, durch die Renaturierung der Flüsse.

Der Markwasen als Erholungsgebiet muss erhalten und gefördert werden. Deshalb werden wir hier sinnvolle Maßnahmen zur Unterstützung des Naturschutzes unterstützen.

**SPD:** Die Gewässerrenaturierung ist in der Industriestadt Reutlingen ein Dauerthema, welches einen langen Atem voraussetzt. Wie derzeit in Betzingen erkennbar, wird mit großem Aufwand der Hochwasserschutz vorangetrieben und dabei auf die Renaturierung Wert gelegt. Wir brauchen Retentionsflächen in großem Stil in der ganzen Stadt, damit der Fluss wieder seinen Raum bekommt. Das kann man auch in Gönningen sehr dramatisch beobachten. Die Baumaßnahmen im Nordraum in den vergangenen Jahren sind ein beredtes Zeugnis dieser Notwendigkeiten.

Wir freuen uns, wenn die Entwicklung des Markwasens in ihrer Frage Beachtung findet. Mit Stolz verweisen wir darauf, dass unser Fraktionsmitglied Jo Schempp bei den Maßnahmen und Konzepten des Naturschutzes, der Landschaftspflege und des Artenschutzes in der Stadt Reutlingen, insbesondere dabei der Pflege- und Nutzungskonzeption für den Bereich des Wildgeheges und seiner Umgebung im Reutlinger Markwasen über das Berufliche hinaus maßgeblich beteiligt war.

**Grüne:** Gewässer haben eine wichtige Funktion für das Stadtklima und ebenso für die Aufenthaltsqualität für unsere Bürgerinnen und Bürger. Auch hier schätzen wir die fachliche Kompetenz der Naturschutzverbände, die bei Renaturierungsmaßnahmen einbezogen werden sollen.

Die veränderte Wetterlage (Klimawandel) zeigt uns, dass zusätzliche Maßnahmen notwendig sind. Wir brauchen ausgewiesene Überflutungsflächen bereits an Bachläufen. Dies kann auch in Zusammenhang mit einer Biotopvernetzung stattfinden. Das Markwasengebiet kann nur unter Berücksichtigung des Naturschutzes und der Artenvielfalt für zukünftige Generationen entwickelt werden. Wir sind auch hier dankbar für Hinweise auf effiziente Möglichkeiten und eine bessere Nutzung der Haushaltsmittel.

**FWV:** Dies werden wir – wann immer auch – unterstützen.

Die umgesetzten Maßnahmen sind immer von Fachleuten geplant worden. Die Naturschutzverbände sollen in Zukunft zeitnah im Vorfeld von geplanten Umsetzungen gehört werden und die Vorschläge usw. sollen in die Entscheidungsfindung einbezogen werden.

Die Belange des Hochwasserschutzes müssen mit den Maßnahmen in Einklang gebracht werden.

**Wir:** Weitere Gewässer naturnah zu entwickeln halten wir gesamtökologisch für sehr wichtig und dies ist auch bei Hochwasserschutz-Maßnahmen einzufordern. Dazu gehören auch regelmäßige Gewässerschauen mit anschließender Umsetzung bzw. Beseitigung der Schwachstellen. Das Gebiet Markwasen besitzt für Reutlingen einen hohen ökologischen und freizeitlichen Wert und bei seiner weiteren Entwicklung müssen naturschutzliche Ziele vorrangig sein.

**FDP:** Wir unterstützen die naturnahe Entwicklung von Gewässern. Die Stadtverwaltung sollte dabei den Sachverstand der ehrenamtlichen Naturschützer stärker einbeziehen. Das gilt auch für die Entwicklung des Markwasengebietes.

---

**Linke Liste:** Wir werden weitere Maßnahmen der Gewässerrenaturierung und die Wiederherstellung von Gewässern mit natürlichem Erscheinungsbild unterstützen. Auch die Entwicklung des Markwasengebietes mit Zielsetzungen des Naturschutzes findet unsere Unterstützung.

---

## 5.2. GEWÄSSER UND ABWASSERREINIGUNG: Abwasserreinigung

In Gewässern einschließlich unserem Trinkwasser kommen menschengemachte Stoffe wie Hormone, Pestizide, Arzneimittel, Kosmetika, u. v. m. in Konzentrationen kleiner als 100 Mikrogramm/Liter vor. Obwohl scheinbar harmlos für Menschen, können sie kleine Organismen in unserem Oberflächenwasser erheblich schädigen. Das Absterben vieler dieser Organismen unterbricht natürliche Nahrungsketten und kann zum Insekten-, Amphibien- und Fischsterben beitragen. Eine Erweiterung unserer Kläranlagen um eine vierte Reinigungsstufe kann diese Stoffe aus dem Abwasser entfernen. Die ökologischen Systeme können sich dann relativ schnell erholen. Der Preis für die Erweiterung der Kläranlagen um eine vierte Stufe würde 10 – 15 € pro Einwohner und Jahr betragen. Würden Sie die vierte Reinigungsstufe unterstützen?

**CDU:** In den Kläranlagen auch in Reutlingen wird zur Zeit die dreistufige Abwasserreinigung, die mechanische, biologische und chemische, eingesetzt. Die vierte Reinigungsstufe zur Eliminierung von prioritären Stoffen und Mikroplastik ist zukünftig mit Sicherheit sinnvoll. Allerdings gibt es unterschiedliche technische Umsetzungsmöglichkeiten, die dann im Aufsichtsrat der Stadtentwässerung besprochen werden müssen. Momentan wird das Klärwerk Reutlingen West aufwendig saniert. Weitere Investitionen gerade in Bezug einer weiteren Reinigungsstufen müssen künftig geprüft werden, dafür wird sich die CDU einsetzen.

**SPD:** Die Einführung der 4. Reinigungsstufe muss das Ziel des weiteren Ausbaus der Abwasserreinigung. Die SPD fordert deshalb von der Landesregierung eine entsprechende Regelung verbunden mit einer entsprechenden Förderung der Kommunen. Derzeit gibt es keine gesetzliche Regelung in Baden-Württemberg. Für Reutlingen wäre das GAK-Verfahren und die PAK-Dosierung vor einem Sandfilter angezeigt. Je Einwohner ergäben sich Mehrkosten von 23 Euro im Jahr. Die Schmutzwassergebühr würde sich um ca. 20 bis 30 Cent je qm erhöhen. Dies sind die Ergebnisse einer Machbarkeitsstudie aus dem Jahr 2018. Die Gewässerökologie zwingt uns zum Handeln. Dem muss auch die Landesregierung folgen.

**Grüne:** Ja, die vierte Reinigungsstufe der Reutlinger Klärwerke muss kommen! Nur so können wir das Artensterben im Wasser aufhalten. Das ist unsere Verpflichtung der Natur und ihrer Lebewesen gegenüber und finanziell durchaus machbar.

**FWV:** Das Problem ist bekannt und verschiedene Male in den Fachausschüssen vorgetragen und diskutiert worden. Die Technik ist noch nicht komplett ausgereift. Die Stadt Reutlingen wird so bald als möglich die vierte Stufe installieren. Die FWV-Fraktion wird dies selbstverständlich unterstützen.

**WiR:** Eine vierte Reinigungsstufe ist dort sinnvoll und erforderlich, wo Mikroverunreinigungen im Ablauf einer kommunalen Kläranlage die wesentliche Ursache für die Überschreitung von Umweltqualitätszielen im Gewässer sind. Dies ist in Reutlingen der Fall. Die vierte Reinigungsstufe für unsere Kläranlagen MUSS kommen! Tübingen ist uns dabei einen Schritt voraus und realisiert dies bereits. *Dr. Straub hat eine detaillierte Erklärung zur vierten Reinigungsstufe geschrieben, die wir im Anhang 1 beifügen.*

**FDP:** Die FDP ist sich mit der Stadtverwaltung einig, dass die vierte Reinigungsstufe kommen muss. Noch ist jedoch nicht ganz klar, welche gesetzlichen Anforderungen dabei erfüllt werden müssen und welche Fristen gelten. Wir gehen davon aus, dass hier über 10 Millionen Euro investiert werden müssen.

**Linke Liste:** Ja, wir würden die Erweiterung der Kläranlagen um die vierte Reinigungsstufe unterstützen.

## ANLAGE 1:

**Vierte Reinigungsstufe:** Erläuterung von Prof. Dr. Jürgen Straub, Vorsitzender der WiR Fraktion im Reutlinger Gemeinderat

Die herkömmliche Abwasserreinigung in kommunalen Kläranlagen erfolgt in drei Stufen:

1. Ungelöste Stoffe werden mechanisch abgetrennt, z. B. durch Rechenanlagen und Absetzeinrichtungen.
2. Mikroorganismen bauen gelöste Stoffe auf biologischem Wege ab und entfernen Stickstoffverbindungen. Schlecht lösliche Verbindungen werden teilweise auch an den Klärschlamm gebunden und mit diesem entfernt.
3. Zur Elimination von Phosphorverbindungen wird das Abwasser chemisch gefällt.

Dabei werden die organischen Stoffe im Durchschnitt zu 95 % entfernt. Im Ablauf der Kläranlagen verbleiben die biologisch nur schlecht eliminierbaren Stoffe. Neben Stoffen natürlichen Ursprungs handelt es sich hierbei um eine Vielzahl von Verbindungen, die vom Menschen hergestellt wurden. Die einzelnen Stoffe treten im Kläranlagenablauf in einer Konzentration im Bereich von „Mikrogramm pro Liter“ auf (= ein Millionstel Gramm pro Liter). Daher werden sie als anthropogene Spurenstoffe oder Mikroverunreinigungen bezeichnet. Über den Kläranlagenablauf, aber auch über andere Eintragspfade (z. B. Niederschlagswasser, Bodenerosion, Eintrag aus der Luft), gelangen sie in die Oberflächengewässer. Wegen ihrer Weiterverbreitung im Wasserkreislauf sind abwasserbürtige Spurenstoffe auch für die Trinkwassergewinnung von Bedeutung. Diese Spurenstoffe stammen meist aus Produkten, die im Haushalt, in öffentlichen Einrichtungen, Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft eingesetzt werden. Kritisch zu betrachten sind insbesondere Stoffe, die sich aufgrund ihrer biologischen Wirksamkeit bereits in geringen Konzentrationen nachteilig auf die Gewässerqualität und die Gewässernutzung auswirken können. Insbesondere Arzneimittel und deren Metabolite, Biozide, Pflanzenschutzmittel, Wasch- und Reinigungsmittel, Körperpflegeprodukte sowie Baustoffe und Gebrauchsgegenstände können solche Stoffe enthalten.

Für eine weitergehende Entfernung von biologisch schlecht eliminierbaren Stoffen – wie anthropogene Spurenstoffe – wäre eine Erweiterung der Kläranlagen um eine vierte Reinigungsstufe erforderlich. Dafür sind derzeit im Wesentlichen drei Verfahrenstechniken in Entwicklung und praktischer Erprobung:

1. **Ozonierung:** Durch Einbringen des starken Oxidationsmittels z.B. Ozon in das vorgereinigte Abwasser werden die Spurenstoffe weitgehend abgebaut; es können jedoch auch Umwandlungsprodukte mit möglicherweise problematischen Eigenschaften entstehen. Die Ozonierung bietet jedoch weitere Vorteile. Es werden dadurch vor allem auch die mikrobiologischen Verunreinigungen (Bakterien, Pilze etc.) die in einer Kläranlage in der biologischen Stufe zum Abbau der Schmutzfracht benötigt werden vor der Einleitung in Gewässer abgetötet. Hierbei handelt es sich oft um pathogene Keime!
2. **Aktivkohleadsorption:** Spurenstoffe können an Aktivkohle gebunden werden, die entweder als Pulver oder in gekörnter Form (Granulat) eingesetzt wird. Sehr gut wasserlösliche, polare Verbindungen werden dabei jedoch schlecht eliminiert.
3. **Physikalische Verfahren** z.B. Nanofiltration und Umkehrosmose. Hierbei handelt es sich in erster Linie um Filtrationsverfahren. Das anfallende Konzentrat muss entsorgt oder weiterbehandelt werden.

Die Verfahren können miteinander kombiniert werden

Diese Verfahren gehen über das derzeitige Niveau "Stand der Technik", das im Wasserhaushaltsgesetz für die Abwasserreinigung gefordert ist, hinaus. Auch allgemein anerkannte Regeln der Technik für Planung, Errichtung und Betrieb bestehen noch nicht. Entsprechende Projekte werden von verschiedenen Kläranlagenbetreibern insbesondere z.B. in Baden-Württemberg auf freiwilliger Basis und gestützt durch Fördermaßnahmen umgesetzt. In der Regel liegen die zusätzlichen spezifischen Kosten pro m<sup>3</sup> Abwasser höchstens bei ca. 0,25 € pro Jahr.

Eine vierte Reinigungsstufe ist dort sinnvoll und erforderlich, wo Mikroverunreinigungen im Ablauf einer kommunalen Kläranlage die wesentliche Ursache für die Überschreitung von Umweltqualitätszielen im Gewässer sind.

**Dies ist in Reutlingen der Fall. Die vierte Reinigungsstufe für unsere Kläranlagen MUSS kommen! Tübingen ist uns dabei einen Schritt voraus und realisiert dies bereits.**